Nr. 260 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 22. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunftsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Leiden des Rheinlandes

w. **Frankfurt a. M.**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Franzosen haben plötzlich im besetzten Gebiet die Briefzensur wieder eingeführt, so daß die Briefbestellung große Verzögerung erfährt und namentlich die Frankfurter Geschäftsleute geschädigt sind. Auch die Telephongespräche werden wieder überwacht.

+ **Mannheim**, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus Speyer wird gemeldet: Vor 14 Tagen erschien ein französischer Offizier und fünf Soldaten im Gebäude der Oberpostdirektion Speyer. Der Offizier beschlagnahmte zwei Zimmer, zog seine Uhr und erklärte, innerhalb 40 Minuten müßten die beiden Zimmer geräumt sein. Die Oberpostdirektion mußte sich dem Zwange fügen. Seitdem üben nun die Franzosen in Speyer eine rücksichtslose Kontrolle der ein- und ausgehenden Postsachen aus. Auch die eingeschriebenen Briefe werden geöffnet. Sämtliche Postsachen erleiden durch die Kontrolle eine Verzögerung um mindestens einem Tage und länger. Die Kontrolle scheint im Besitze schwarzer Listen zu sein, da die Korrespondenzen einer Reihe von Firmen regelmäßig geöffnet werden. Auch der Telegrammverkehr wird von französischen Soldaten überwacht.

zg. **Berlin**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem besetzten rheinischen Gebiet sind vom 1. Juli bis 1. Oktober 103 Deutsche ausgewiesen worden.

× **Mainz**, 21. Oktober. Das Kriegsgericht der französischen Rheinarmee verurteilte: gestern die beiden Soldaten Tromeind und Soin, die laut „Echo du Rhin" während 6 Monaten den Schrecken von Wiesbaden und Umgegend bildeten, zu Degradation und lebenslänglicher Zwangsarbeit. Sie hatten in der Dunkelheit eine Anzahl Passanten mit vorgehaltenen Revolvern und Seitengewehren bedroht und ausgeraubt. Das Gericht hob hervor, daß solche Fälle eine Schande für die französische Armee seien und mit aller Strenge des Gesetzes bestraft werden müßten.

•

Erhöhung der englischen Besatzungstruppen

△ **Amsterdam**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Nach einer Meldung der „Daily News" werden die englischen Besatzungstruppen im besetzten linksrheinischen Gebiet um eine weitere britische Brigade verstärkt. Gleichzeitig soll auch die Ueberwachungskommission um weitere 45 neue Beamte verstärkt worden sein. Die Folge hiervon ist natürlich auch eine Erhöhung der Kosten für die Ententekommission im Reichsetat.**

•

Die schwarzen Truppen bleiben

⊕ **Genf**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der Pariser „Temps" meldet, daß durch Beschluß des Botschafterrats die schwarzen Truppen im besetzten Gebiet bleiben. Die Antwort auf die ihre Zurücknahme erbittende deutsche Note sei nach Berlin unterwegs.**

•

Deutsche Zahlungen und Kredite

Edmund Peary schreibt im „Figaro": Die langwierigen Verhandlungen zwischen der Wiedergutmachungskommission und der deutschen Regierung über die Vergebung der Schuldverschreibungen von 20 und 40 Milliarden Goldmark laut § 12, Art. 3 der Anlage II des Teiles 8 des Friedensvertrages wurden durch Uebergabe dieser Bonds in Paris erledigt. Peary bezeichnet dies als ausgezeichnetes Präludium zu der neuen französischen Anleihe. Jetzt hänge es nur von der Wiedergutmachungskommission ab, wie diese Zahlungen zu verwenden seien.

20 Milliarden dieser Bonds lauten auf den Inhaber, zahlbar ohne Zinsen bis 1. 5. 1921. Die Tilgung dieser Schuldverschreibungen hat hauptsächlich durch deutsche Naturallieferungen zu erfolgen. Die übrigen 40 Milliarden Mark sind ebenfalls in Schuldverschreibungen auf den Inhaber mit 2½ Proz. Zinsen für die Jahre 1921 bis 1925 und 5 Proz. Zinsen für die spätere Zeit ausgegeben.

Diesen deutschen Zahlungen stehen die von der Entente gewährten Kredite gegenüber, über die man sich gestern im englischen Unterhause wieder einmal unterhielt. Chamberlain gab Auskunft über die Vorschüsse, die Deutschland auf Grund des Spaer Abkommens bisher erhalten hat. Der von Großbritannien am 1. Oktober vorgeschossene Betrag beläuft sich auf 97 510 Pfund Sterling. Infolge der Kohlenlieferungen im Monat September sei am 5. Oktober ein neuer Vorschuß von 962 966 Pfund Sterling bewilligt worden. Mit den Vorschüssen der übrigen Alliierten verglichen, betragen diejenigen Großbritanniens nach den Mitteilungen Chamberlains etwa das Dreifache der übrigen Entente-Mächte zusammen.

Ein deutsch-polnisches Abkommen

Die Verhandlungen über die Rückführung der Soldauer Flüchtlinge haben zu einem deutsch-polnischen Abkommen geführt. Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge, nämlich 1426 Personen, können in der Zeit vom 18. bis 20. Oktober in ihre Heimstätten zurückkehren. Die Rückkehr ist mit dem gesamten nach Deutschland mitgebrachten Hab und Gut gestattet. Die Heimgekehrten treten außerdem wieder in den Besitz ihres gesamten in Soldau zurückgelassenen Eigentums. Wegen der noch zurückgebliebenen Flüchtlinge werden die Verhandlungen weiter fortgesetzt.

•

Die Abstimmung in Oberschlesien verschoben

zg. **Berlin**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Das hiesige polnische Konsulat, das die Abstimmungsberechtigten für Oberschlesien zur Empfangnahme der Reisepässe für die erste November-woche beordert hatte, hat gestern aufschiebende Mitteilungen an die Abstimmungsberechtigten ausgegeben.**

Die Verwirrung im Osten

⊕ **Genf**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Temps" meldet aus Riga: Kowno steht vor dem Fall. Die litauische Regierung hat Kowno verlassen.**

⊕ **Kopenhagen**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Rigaer Bureau meldet aus Riga: Vor Kowno ist die litauische Front erneut durchbrochen. Das Schicksal Kownos ist noch ungewiß.**

× **London**, 21. Oktober. Die „Times" erfahren aus gut unterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Besetzung Wilnas erklärt habe, sie sei erstaunt, daß Frankreich und England der Ansicht seien, die Stadt Wilna müsse in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung würde zu neuen Konflikten und zu Erhebungen im polnischen Heere führen. Die polnische Regierung richte deshalb einen dringlichen Appell an die Alliierten, der Wiederaufrichtung Polens keine Hindernisse zu bereiten.

•

Die deutschen Weichseldörfer

Der Präsident der Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenzen, General Dupont, hat in einer an die Deutsche Delegation gerichteten Note darauf hingewiesen, daß entgegen den Weisungen der Botschafterkonferenz vom 15. August und 1. Oktober d. J. die drei Gemeinden Klein-Lobenstein, Klein-Nappern und Groschken des Osteroder Kreises der polnischen Regierung bisher nicht übergeben worden seien. Die Räumung durch die deutsche Verwaltung wird nunmehr auf den 31. Oktober d. J. 11 Uhr vormittags festgesetzt.

Verschärfung des englischen Streiks

⊙ **London**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Streik der Bergarbeiter scheint sich weiter auszudehnen, und nach den neuesten Meldungen sollen auch die Eisenbahner beabsichtigen, in den Solidaritätsstreik einzutreten. So hat der Eisenbahnerverband in York eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Bergleute zu bewilligen, ein direkter Angriff auf das gesamte Wirtschaftsleben sei. Der Verband hat seine Delegierten beauftragt, einem Streik zuzustimmen. In London haben die Eisenbahner mehrere Versammlungen abgehalten, in denen sich die überwiegende Mehrheit für einen Solidaritätsstreik aussprach.

Die Regierung will bereits in Erwägung ziehen, die Bergwerke durch Truppen besetzen zu lassen. Daß der Streik der Bergarbeiter von längerer Dauer sein kann, beweist die Meldung, daß für die Einberufung des Verwaltungsausschusses der Bergarbeiterverbände noch keine Anhalten getroffen werden, weil nach Aeußerungen von Bergarbeiterführern aus den jüngsten Erklärungen Lloyd Georges hervorgehe, daß die Regierung ihre Haltung nicht geändert habe und somit eine Beratung mit den Führern nicht notwendig sei.

Wie Wolffs Bureau noch meldet, wurde dem Bochumer Vertreter des „Nieuwe Cour." von dem soeben aus England zurückgekehrten Bergarbeiterführer Hué erklärt, er glaube nicht, daß der Streik der englischen Bergleute eine unmittelbare Rückwirkung auf die Haltung der deutschen Bergarbeiter haben werde. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß in englischen Arbeiterkreisen ein positives Bestreben nach einer Regelung vorhanden sei, die der Wiederherstellung des Friedens diene. Ueber die deutschen Kohlenlieferungen an Holland sagte er, er sei überzeugt, daß die Leistungen durchgeführt werden würden. Man habe in Deutschland den festen Willen, die Verpflichtungen gegen Holland zu erfüllen.

•

Der Kleinkrieg in Irland

Im englischen Unterhause sagte Hamar Greenwood in Erwiderung auf eine Anfrage, seit dem 1. Januar seien 100 Polizisten und 18 Militärpersonen in Irland getötet, 180 Polizisten und 60 Militärpersonen verwundet worden. Er könne nicht mitteilen, welche Schritte die Regierung gegen diesen Mordfeldzug zu unternehmen gedenke. Er könne dem Hause lediglich die Versicherung geben, daß die Regierung die zum Schutze der Staatsdiener zur Verfügung stehenden Mittel ständig verbessere.

•

Die Streikbewegung in Indien

⊙ **London**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Streik in den großen Industriegebieten Indiens dauert an. Die Post- und Straßenbahnangestellten in Bombay befinden sich noch im Streik. In Bombay und Kalkutta wird die Möglichkeit eines Gasarbeiter- und Hafenarbeiterstreiks erwogen.

Die Vorgänge in Griechenland

⊕ **Genf**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Matin" meldet aus Athen: Die Differenzen im Offizierskorps der Armee haben zu ernsten Konflikten zwischen den Kommandanten des 2. Korps und dem Kriegsminister geführt. Die Verabschiedung von zwei Generalen und sieben weiteren Offizieren der Athener Garnison wird bekanntgegeben.**

☞ **Paris**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer römischen Meldung des „Petit Parisien" hat ein in Brindisi liegender griechischer Dampfer eine drahtlose Nachricht bekommen, daß der König von Griechenland bereits seit zwei Tagen tot sei. Im Widerspruch hierzu scheint aber die Tatsache zu stehen, daß der bekannte Chirurg Dalbet gestern auf Wunsch der Athener Regierung die Reise nach Griechenland angetreten hat. Erkönig Konstantin in Luzern, über seine Absichten befragt, hat geantwortet, er würde jetzt keine Rezeptionen annehmen.

Die Spaltung der U. S. P.

Ein Aufruf

* **Berlin**, 21. Oktober. Von den neuen Kommunisten wird ein Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Die Bahn ist frei zu einer großen, von einem Geist, einem Wollen, einem Handeln erfüllten revolutionären Massenpartei Deutschlands. Der Zusammenschluß der revolutionären Kämpfer des Proletariats zu einer gewaltigen kommunistischen Massenpartei stehe unmittelbar bevor. Die „Freiheit" bemerkt dazu, daß die kommunistische Partei an dem Zuwachs, mit dem sie jetzt eine einzige Partei herstellen wolle, nicht gesunden werde. Dieser Zusammenschluß beweise aber auch, daß allein der rechte Flügel der U. S. P. auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehe.

•

Der rechte Flügel in der Mehrheit?

zg. **Berlin**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Dem Vorstand der alten U. S. P. D. sind von über die Hälfte der Ortsgruppen im Reiche Erklärungen gegen die Beschlüsse des Halleschen Parteitages zugegangen. Der Vorstand rechnet damit, daß etwa ⅔ der Ortsgruppen der alten U. S. P. D. weiter angehören werden.**

•

Moskau und die Ausweisung Sinowjews

⊕ **Rotterdam**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **„Morning Post" meldet in einem Funkspruch aus Moskau: Der Moskauer Sowjet hat in einer Entschließung gegen die Ausweisung Sinowjews scharf protestiert, die er als barbarische Maßnahme der deutschen Militärkaste bezeichnet, die sich damit außerhalb der internationalen Beziehungen gesetzt habe.**

zg. **Berlin**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Die Sowjetregierung hat gegen die Ausweisung ihrer Vertreter aus dem Reichsgebiet bei der deutschen Regierung durch Herrn Kopp in aller Form Einspruch erhoben. Sie stellt Repressalien gegen Deutsche in Rußland in Aussicht.**

•

Aufgelöst

Der Aeltestenrat der preußischen Landesversammlung hat entschieden, daß die Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei als aufgelöst zu betrachten sei. Ihren bisherigen Mitgliedern wurde anheim gegeben, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzureichen. Diese Mitglieder würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen.

•

Sie wollen umtaufen

zg. **Berlin**, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Fraktion der neuen Stadtverordnetenversammlung der Reichshauptstadt beschloß die Einbringung eines Antrages auf Umtaufung sämtlicher Namen von Straßen und Plätzen nach Feldherren und Militärs auf Namen von Arbeitervertretern und Arbeiterführern, darunter Lenin und Trotzki.

•

Leere Kassen

w. **Frankfurt a. M.**, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der linke Flügel der U. S. P. D. gibt ein selbständiges Organ, „Der südwestdeutsche Arbeiter", heraus, das vorläufig dreimal wöchentlich erscheint. Die Anteilscheine an dem unabhängigen „Volksrecht", die sich im Besitze der Mitglieder des linken Flügels befinden, sind gekündigt worden. Ein führendes Mitglied der U. S. P. D. versichert, daß es keinen Kampf um die Kassen oder Zeitungen geben werde, da in den Kassen kein Inhalt sei und die Zeitungen in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich nicht rentieren konnten.

•

Nach den russischen die italienischen Kommunisten?

s. **Genf**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach Abschluß der Beratungen der italienischen Sozialistenpartei in Florenz wollen der Sekretär der Partei, Gonnare, und der Chefredakteur des „Avanti" sich nach Berlin begeben zwecks Besprechung mit deutschen und russischen Kommunistenführern. Sie haben in Rom um Ausstellung der Pässe nachgesucht, doch glaubt man, daß die italienische Regierung ihnen die Pässe verweigern wird.

Ein 5½-Milliarden-Nachtragsetat

zg. **Berlin**, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Dem Reichstag wird noch in dieser Session ein neuer Nachtragsetat von 5½ Milliarden Mark zugehen, und zwar für Ueberschreitungen des ordentlichen Etats und für Erhöhung der Besoldungen.**

•

Das Reichsnotopfer

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett neuerdings einmütig beschlossen, den verschiedentlichen Wünschen nach Aufhebung des Reichsnotopfergesetzes nicht nachzugeben, sondern um die Zunahme der Inflation aufzuhalten, und um dem Reiche so rasch wie möglich weitere Einnahmen zu verschaffen, die alsbaldige Entrichtung eines Teiles des Reichsnotopfers obligatorisch zu machen.

•

Der Fall Hermes

Das Reichskabinett hat sich in seiner Mittwochsitzung mit dem Fall Hermes beschäftigt. Wie verlautet, will die Deutsche Volkspartei ihre Entschließung in der Angelegenheit von dem Ergebnis der Feststellungen des Reichsjustizministers abhängig machen.

In der Zentrumsfraktion des Reichstages sind die Ansichten im Falle Hermes noch geteilt. Ein Teil der Abgeordneten ist davon überzeugt, daß die Stellung des Ernährungsministers stark erschüttert ist.

Deutscher Reichstag

Debatte über Sinowjew und Losowski

21. Sitzung, Mittwoch den 20. Oktober

Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag der Unabhängigen betreffend die Ausweisung von Sinowjew und Losowski.

Namens der Antragsteller führt Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) aus: Die Klage über polizeiliche Schikanen auch gegenüber Ausländern bildet ein unerschöpfliches Kapitel. Leider hat die Revolution auch an diesen Mißständen nicht das geringste geändert. Es ist höchste Zeit, daß ein Ausländerrecht geschaffen wird. Unter dem Kautschukbegriff, daß sie „lästig" sind, können die Ausländer durch Polizeiwillkür ausgewiesen werden. Wir fordern das Asylrecht für sie. Wir protestieren gegen die empörende Behandlung der russischen Kommunisten Losowski und Sinowjew (Abg. v. Graefe: Appelbaum!) Sinowjew war ausdrücklich gestattet, an unserm Parteitag in Halle teilzunehmen. Daß er für die dritte Internationale eingetreten ist, kann kein Anlaß zur Ausweisung sein. Auch die Ausübung der Ausweisung fordert zum Protest heraus. Die Ausgewiesenen werden in lächerlicher Weise von der Polizei kontrolliert und dürfen nicht einmal ihr Zimmer verlassen. Auch wenn sie einen gewissen Raum aufsuchen müssen, werden ihnen die heiligsten Menschenrechte genommen. (Heiterkeit.) Jeder Telephonverkehr, auch mit ihrem Rechtsvertreter, ist ihnen verboten. Die Regierung sollte bedenken, daß

die sozialistische Arbeiterschaft einmütig gegen die Ausweisung

ist, die auch der „Vorwärts" als politischen Fehler bezeichnet. Wir alarmieren die Oeffentlichkeit und rufen die Arbeiter zum Kampf gegen die Methoden der reaktionären bürgerlichen Regierung auf.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons:

Im vergangenen Sommer ging eine deutsche Mission Unabhängiger Parlamentarier zum Studium nach Rußland; schon damals war eine Studienkommission von der entgegengesetzten Seite in Deutschland in Aussicht genommen. Am 30. August wurden drei russische Gewerkschaftsführer angemeldet und ihnen die Einreise für vier Wochen erlaubt. Am 5. September wurde für weitere elf Russen die Einreiseerlaubnis verlangt. Die deutschen Gewerkschaftsführer teilten mir mit, daß die drei Personen nicht geeignet seien, weil sie nicht Spezialisten auf verschiedenen Gebieten seien. Das Kabinett beschloß, noch vier Herren die Einreise für vier Wochen zu gestatten. Die andern Personen, die als Hilfsarbeiter bezeichnet wurden, wurden abgelehnt, weil in Deutschland genug Personen das Russische verdolmetschen können. Am 15. September erging der Beschluß des Kabinetts und gleichzeitig erschien das russische Schiff „Sobotnik" in Hamburg; die erstgenannten drei und die andern vier Russen konnten einreisen, die übrigen wurden in Hamburg zurückgehalten und später teils nach der Tschechoslowakei, teils nach Rußland geführt. Die Zwischenzeit benutzten sie in Hamburg, um eine ziemlich lebhafte Agitation zu entfalten. (Hört, hört! rechts.) Zur Bedingung war gemacht, daß diese Herren Verhandlungen wirtschaftlicher Art führen dürften, daß aber politische Reden in öffentlichen Versammlungen nicht zugelassen werden können. Losowski hat aber an verschiedenen Orten Deutschlands politische Reden gehalten, in der „Neuen Welt" und an andern Stellen. Es wurde ihm eine Warnung zugeschickt. Er suchte eine Verlängerung des Aufenthalts nach, bis ihm die Einreiseerlaubnis für Italien erteilt sei. Die Verlängerung wurde erteilt, weil die Verhandlungen mit Italien noch schwebten. Das Kabinett und das Auswärtige Amt haben ihm niemals die Möglichkeit nehmen wollen, nach Italien zu gehen, wenn ihm die Einreise erlaubt würde. Herr Losowski hat seinen ihm für Berlin bewilligten Aufenthalt überschritten und ist noch nach Halle gegangen (Hört, hört!), jede Bedingung hat er rücksichtslos außer acht gelassen. Infolgedessen hat das Kabinett beschlossen, bei der preußischen Regierung die Ausweisung nachzusuchen.

Bei dem Auftreten der Herren hat es sich nicht um soziale oder wirtschaftliche, sondern um hochpolitische Angelegenheiten gehandelt

Inzwischen traf von der italienischen Botschaft die Nachricht ein, die Einreiseerlaubnis nach Italien sei verweigert worden. Da hatten wir keinen Grund, den Herren die Rückkehr nach Rußland nicht zu erleichtern. (Heiterkeit.) Sinowjew hatte um Einreiseerlaubnis nach Deutschland nachgesucht, um an dem Parteitag in Halle teilnehmen zu können. Das Gesuch wurde uns von der Unabhängigen Parteileitung übermittelt, indem der Wunsch geäußert wurde, man wolle sich in Halle über Moskau auseinandersetzen. Die zehntägige Frist läuft heute ab. Auf Grund seiner Rede in Halle wurde beschlossen, Sinowjew festzuhalten und an weiterem Auftreten zu verhindern sowie die Ausweisung in die Wege zu leiten. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Der preußische Minister des Innern war damit einverstanden und hat die Maßnahmen angeordnet. Am Sonntag ist er nun in der Hasenheide festgenommen worden. Bei Verabfassung der Ausweisung sind wir verhältnismäßig eingeschränkt, über die Landesgrenze ist die Ausweisung nicht möglich, sondern nur auf dem Wasserwege. Unsre Schiffe sind mit Kohle schlecht beliefert (Heiterkeit), die Ausweisung hat noch nicht vollzogen werden können. Vom Hallenschen Parteitag ist gefordert worden, daß den Russen der Aufenthalt bis zum 1. November gestattet werde, weil sie noch lange nicht fertig wären mit ihrer Mission. (Heiterkeit.) Hätten die Herren sich weniger mit Politik und mehr mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigt, sie wären in dieser Zeit vollkommen fertig gewesen. Sinowjew bezeichnet die gegenwärtige deutsche Regierung als seinen Gegner. Da darf er sich nicht über seine Behandlung wundern, denn wir wissen, wie er seine politischen Gegner zu behandeln pflegt. (Sehr richtig!) Wir haben guten Grund, die Ausweisung zu veranlassen. Ein geregeltes Fremdenrecht besitzen wir noch nicht, es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, ein solches zu schaffen. Ob das Fremdenrecht aber einen so freiheitlichen Charakter haben wird, wie Dr. Rosenfeld es wünscht, daß es auf gerichtliches Urteil aufgebaut werde, bezweifle ich. Diese Vorkommnisse aber dürften das Asylrecht des Fremdenrechts

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201022/1